

Bauern, Bauernverband und Gewerkschaften

Diplomlandwirt Onno-Hans Poppinga, geboren 1943, ist Mitarbeiter der Abteilung für internationale vergleichende Agrarpolitik an der Universität Hohenheim.

1. Wirtschaftliche Lage der Bauern.

Die hervorstechendste Erscheinung in der Entwicklung der westdeutschen Landwirtschaft der letzten zwei Jahrzehnte ist die Abnahme der landwirtschaftlichen Betriebe"). Von 1949 bis 1969 ging die Zahl der Betriebe über 0,5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN) von 1,9 Millionen auf 1,3 Millionen zurück. Im Durchschnitt wurden jährlich 30 000 Betriebe aufgegeben. Das Jahr 1970 brachte mit einem Rückgang um 80 000 Betriebe zusätzlich eine starke Beschleunigung. Da die landwirtschaftlich genutzte Fläche der BRD nur wenig abnahm (Wohnsiedlungen, Straßenbau usw.), erhöhte sich die Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe geringfügig: von 6,9 ha 1949 auf 10,3 ha 1970. Noch schneller als die Betriebe nahm die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Arbeitskräfte ab. Als erste wanderten die Lohnarbeitskräfte ab; da die bäuerlichen Unternehmer die Verbesserung der Löhne und Lebensbedingungen der Landarbeiter und Landarbeiterinnen,

*) Alle Daten, die ohne Quellenangaben sind, entstammen dem Agrarbericht der Bundesregierung.

„Knechte" und „Mägde", nur aufhalten, nicht verhindern konnten, zogen immer weniger bäuerliche Unternehmer noch einen Profit aus ihren Lohnarbeitskräften. Infolgedessen nahm die Zahl der groß- und mittelbäuerlichen Betriebe laufend ab.

Diese Veränderungen hatten eine intensive Mechanisierung und Chemisierung zur Voraussetzung und zur Folge. Da viele Betriebe trotzdem den Anschluß an der gesellschaftlichen Entwicklung nicht halten konnten, wanderten immer mehr mithelfende Familienarbeitskräfte ab. Am Ende der Entwicklung stand der Ein-Mann-Betrieb, bei dem nur noch der Bauer und die Bäuerin auf dem Betrieb arbeiten. Diese Betriebsform wird wegen ihrer großen sozialen Nachteile zu Recht als Quälbetrieb bezeichnet (nie Urlaub; nie ein freies Wochenende; Bedrohung der gesamten Existenz bei einer Erkrankung). Erst wenn alle finanziellen Reserven verbraucht sind, wenn das Einkommen trotz eines Zuerwerbs nicht mehr ausreicht, erfolgt die Aufgabe des Bauernberufs als Hauptberuf.

Vergleicht man die Entwicklung der bäuerlichen Betriebe mit den für die hochentwickelte kapitalistische Gesellschaft der BRD charakteristischen Entwicklungslinien, so stellt man prinzipielle Unterschiede fest. Bei den gewerblichen Betrieben geht die Abnahme der Gesamtzahl der Betriebe einher mit der Konzentration von Arbeitskräften und Kapital bei den konkurrenzstärksten Betrieben. Bei den bäuerlichen Betrieben nimmt die Gesamtzahl der Betriebe ebenfalls ab, aber es findet bei ihnen keine vergleichbare Konzentration von Arbeitskräften und Kapital statt. Bei der bäuerlichen Produktion, die eng verbunden ist mit der bodenabhängigen landwirtschaftlichen Produktion, ist die Konzentration des nach der Arbeitskraft wichtigsten Produktionsmittels, des Bodens, nur in sehr begrenztem Umfang möglich. Landwirtschaftlich nutzbarer Boden, der z. B. in Hessen für Verkauf oder Pacht frei wird, ist für einen bodenhungrigen Betrieb in Niedersachsen völlig unerreichbar, während Arbeiter und Kapital der Borgward-Werke sehr wohl erreichbar waren für Konzerne im Ruhrgebiet und in Mexiko. Weitere wichtige Unterschiede sind:

— In der kapitalistischen Gesellschaft ist das Eigentum an den Produktionshilfsmitteln das Mittel, um den von den Nicht-Eigentümern erzeugten Mehrwert in die Kassen der Eigentümer zu ziehen. Bei den bäuerlichen Betrieben ist dagegen das Eigentum an den Produktionshilfsmitteln (Maschinen, Vieh, Gebäude) und am Boden vor allem Voraussetzung für die Anwendung der eigenen Arbeitskraft.

— In der kapitalistischen Gesellschaft bestimmen sich im Prinzip der Wert und der Preis einer Ware durch die bei durchschnittlichen Bedingungen arbeitenden Betriebe; Betriebe mit unterdurchschnittlicher Produktivität erzielen weniger als den Durchschnittsprofit, Betriebe mit überdurchschnittlicher Produktivität dagegen Extraprofite. Bei der landwirtschaftlichen Produktion da-

gegen, soweit sie bodenabhängig ist, bestimmt — abstrakt formuliert — der Betrieb mit den höchsten Stückkosten, dessen Produktion aber noch gesellschaftlich notwendig ist, den Preis des Produkts. Alle landwirtschaftlichen Betriebe mit günstigeren Produktionsbedingungen (Boden, Klima, Marktverhältnisse, Kapitalausstattung, Agrarstruktur usw.) und damit höherer Produktivität als dieser Grenzbetrieb, erzielen eine Differentialrente.

— Das Wirtschaftsverhalten des Kapitalisten wird geregelt durch sein Streben nach Profitmaximierung. Kein Unternehmer denkt daran, auf Dauer auf Profite zu verzichten. Anders bei Bauern. Es gibt Hunderttausende von Bauern, die keinen Reinertrag erwirtschaften, die z. T. ein Arbeitseinkommen haben, das niedriger ist als der Lohn, den sie als unqualifizierte Lohnabhängige verdienen könnten.

Diese wenigen Gründe zeigen bereits, daß es falsch ist, die Bauern pauschal zur Klasse der Kapitalisten zu zählen, daß es statt dessen erforderlich ist, die Klassendifferenzierung innerhalb der Bauernschaft zu betonen. Es sind mindestens die folgenden Schichten zu unterscheiden:

Kapitalistische Bauernbetriebe. Hierzu sind alle Betriebe zu zählen, die mit Lohnarbeitskräften wirtschaften. Der Bauer eignet sich als Eigentümer oder Besitzer des Bodens und der landwirtschaftlichen Produktionshilfsmittel den von Lohnarbeitern erzeugten Mehrwert an. Diese Betriebe fallen unter den *Lenin'*-schen Satz, daß kapitalistische Landwirtschaft Warenproduktion plus Lohnarbeit sei. Die absolute Zahl der kapitalistischen Bauernbetriebe nimmt laufend ab. Sie sind zwar eindeutig kapitalistisch — Aneignung des von den Landarbeitern erzeugten Mehrwerts durch den Bauern —, aber in sehr eigentümlicher Weise. Die Lohnarbeit ist bei diesen Betrieben eher anzusprechen als die modernisierte Form bäuerlich-feudaler Produktionsverhältnisse (Gesindearbeitsverfassung z.B.), als Rest eines untergehenden Produktionsverhältnisses also, denn als herrschendes Prinzip. Der Kapitalismus setzt sich in der Landwirtschaft der Bundesrepublik nicht in erster Linie dadurch durch, daß ein Teil der landwirtschaftlichen Betriebe den anderen Teil niederkonkurriert, sondern durch Übernahme ganzer Bereiche bisher bäuerlicher Produktion durch das industrielle Kapital. Weil die kapitalistischen Bauernbetriebe in einem direkten Gegensatz zu den Landarbeitern stehen, liegen sie eindeutig auf der Linie der Unternehmer. Sie sind zu einem beträchtlichen Teil im Verband landwirtschaftlicher Arbeitgeber organisiert.

Kleinbauern. Dies sind die eigentlichen Bauern, die kleinen Warenproduzenten. Sie beuten keine Lohnarbeitskräfte aus; eher sind sie selber gelegentlich als Lohnarbeiter tätig (Zuerwerb). Der Umfang der landwirtschaftlichen Nutzfläche dieser Betriebe ist sehr unterschiedlich. Er reicht von intensiven Sonderkulturbetrieben mit wenigen Hektar bis zu Getreidebaubetrieben mit z. T. weit über 50 Hektar. Ebenfalls sehr unterschiedlich ist die wirtschaftliche Lage

dieser Betriebe; sie verschlechtert sich aber tendenziell. Das Bewußtsein der Kleinbauern ist besonders widerspruchsvoll. Die Illusion, auch ein Unternehmer zu sein, ist noch nicht verschwunden; die objektive Annäherung an die Arbeiterklasse noch nicht akzeptiert, sie wird als Deklassierung empfunden.

Arbeiter-Bauern. Aus dem kleinen Warenproduzenten ist hier ein Lohn- oder Gehaltsabhängiger geworden. Der landwirtschaftliche Betrieb wird noch aufrechterhalten, oft im beträchtlichem Umfang; der Arbeiter-Bauer (meistens Nebenerwerbslandwirt genannt) geht aber regelmäßig „in's G'schäft“, meistens als Hilfsarbeiter. Der Abbau des landwirtschaftlichen Betriebs zum Nebenerwerbsbetrieb erfolgt selten planmäßig. Fast immer versucht der Kleinbauer, die sukzessive Verschlechterung seiner Lage, seine Proletarisierung, durch Mobilisierung aller Reserven aufzuhalten. Erst wenn er nichts mehr zu mobilisieren hat, wenn er vollends ausgeblutet ist, fängt er eine regelmäßige gewerbliche Arbeit an. Oft noch wird das Geld, das er als Lohnarbeiter verdient, in den landwirtschaftlichen Betrieb gesteckt. Er ist mit den Händen Lohnarbeiter, mit dem Herzen Bauer. Die bewußte Annäherung an die Arbeiterklasse dauert lange und ist schmerzhaft, bedeutet sie doch endgültig das Ende aller kleinbäuerlichen Illusionen.

Der Versuch, nach diesen Gesichtspunkten quantitative Angaben über die Klassengliederung innerhalb der landwirtschaftlichen Betriebe zu machen, führt zu folgendem Ergebnis.

Tabelle 1: Klassengliederung ¹⁾ der landwirtschaftlichen Betriebe mit mehr als 0,5 ha LN, 1968/69

| | in 1000 | in v H |
|--------------------------|-------------|------------|
| Arbeiter-Bauern-Betriebe | 651 | 48 |
| Kleinbauernbetriebe | 635 | 47 |
| Mittelbauernbetriebe | 56 | 4 |
| Großbauernbetriebe | 18 | 1 |
| | <u>1360</u> | <u>100</u> |

Quelle: „Wirtschaft und Statistik“, Hrsg. Stat. Bundesamt, Stuttgart und Mainz, 1970, Heft 11, S. 659 — „Grüner Bericht 1970“, Hrsg. BELF, Bonn 1970, S. 26.

Festzuhalten ist, daß die Bauern keine eigene Klasse bilden, daß unter den Bauern die Interessen außerordentlich unterschiedlich und oft genug direkt entgegengesetzt sind.

2. Bauernverband

Es muß überraschen, daß trotz der Klassendifferenzierung innerhalb der Bauernschaft, trotz der großen Interessengegensätze zwischen kapitalistischen

1) Arbeiter-Bauern: in erster Linie Lohnabhängige, in zweiter Linie Bauern. Kleinbauern: beuten weder Lohnarbeitskräfte aus noch sind sie selber ständige Lohnarbeitskräfte. Mittelbauern: wirtschaften mit ein oder zwei Lohnarbeitskräften. Großbauern: wirtschaften mit mehr als zwei Lohnarbeitskräften. Mittelbauern und Großbauern bilden zusammen die kapitalistischen Bauernbetriebe. Da es keine statistischen Aussagen' darüber gibt, wieviele landwirtschaftliche Betriebe mit mehr als zwei Arbeitskräften wirtschaften, weil aber andererseits im Wi/Ja 1968/69 in den Betrieben über 50 ha LN im Durchschnitt drei ständige Lohnarbeitskräfte beschäftigt waren, wurden die Betriebe über 50 ha LN als großbäuerlich angesprochen.

*Tabelle 2: Mitgliedschaft in vH von Bauern mit über 5 Hektar
landwirtschaftlicher Nutzfläche im DBV und im DGB*

| | DBV | DGB |
|-----------------------------|-----|-----|
| Hektar | | |
| 5 — 10 | 62 | 6 |
| 10 — 20 | 85 | 1 |
| 20 und mehr | 92 | — |
| Klein-, Mittel-, Großbauern | 83 | 1 |
| Arbeiter-Bauern | 58 | 12 |
| insgesamt | 78 | 3 |

Quelle: „Bericht zur Untersuchung über die Einstellung von Landwirten zu agrarpolitischen Fragen“, Bonn, Februar 1970 (unveröffentlichtes Manuskript).

Bauernbetrieben einerseits, Kleinbauern und Arbeiter-Bauern andererseits fast alle Bauern Mitglied des Deutschen Bauernverbandes (DBV) sind.

Der Organisationsgrad der Bauern ist also hoch. Nach Angaben des DBV beträgt er sogar 92 vH²⁾. Die schon erwähnte Untersuchung weist darauf hin, daß der Organisationsgrad in hohem Maße von der Betriebsgröße und der Art der Bewirtschaftung abhängt. Bezieht man die Betriebe unter 5 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche mit ein, so zeigt sich, daß von allen Arbeiter-Bauern nur 30 vH Mitglied des DBV sind, während 21 vH einer Einzelgewerkschaft des DGB angehören³⁾. Die Erklärung dafür, daß nach den eigenen Angaben der Bauern ihr Organisationsgrad im DBV niedriger ist als nach den Angaben des Verbandes, dürfte darin liegen, daß viele Bauern indirekt, d. h. nicht durch eigenen Beitritt, sondern über die Genossenschaft usw. Mitglied im DBV geworden sind. In einigen Landesverbänden, z. B. Niedersachsen, kommt noch hinzu, daß die Verbandsbeiträge den Bauern oft gleich vom Milchgeld abgezogen werden, so daß die gerade bei der Zahlung eines Beitrages entstehende Frage, ob man überhaupt im Verband bleiben soll, gar nicht erst aufkommen kann.

Der DBV bezeichnet sich zu Recht als eine berufsständische Interessenvertretung. In ihm sind Großbauern mit zahlreichen Lohnarbeitskräften ebenso organisiert wie Arbeiter-Bauern, die selber Lohnabhängige sind. Die fünf Landesverbände, die nach dem sogenannten Landvolkprinzip organisiert sind, erheben sogar den Anspruch, auch die Landarbeiter zu organisieren. Das ist nicht das einzige Andenken an den faschistischen „Reichsnährstand“, in dem Bauern und Landarbeiter, Konzerne der vor- und nachgelagerten Sektoren organisiert waren.

Der Aufbau des DBV ist streng hierarchisch und garantiert, daß die Basis keinen Einfluß hat. Die Masse der bäuerlichen Betriebe, die Arbeiter-Bauern-

2) „Schwäbischer Bauer“, 23. Jhrg., 22. 5. 1971.

3) „Absichten, Ansichten, Aussichten der Landwirte in Klein- und Nebenerwerbsbetrieben“, Hrsg. Agrar-Soziale-Gesellschaft, Göttingen 1970, S. 125.

und die Kleinbauernbetriebe, sind von jedem Einfluß auf die Politik des DBV ausgeschlossen. Der frühere, langjährige Generalsekretär des DBV, *Hummel*, bekannte auch offen, daß es den Vertretern der Verbandspolitik nicht darauf ankommt, „daß die Organe das arithmetische Mittel der Meinungen draußen im Lande verkörpern“, und begründet die Klassenherrschaft der Großbauern damit, daß „wir nicht die Entscheidung über Einzelfragen dort suchen brauchen, wo die wissensmäßigen Voraussetzungen und notwendigen Erfahrungen nicht gegeben sein können“⁴). Und um nun auch auf alle Fälle zu verhindern, daß ein Kleinbauer jemals Präsident des DBV werden könnte, setzten die stärksten großbäuerlichen Verbände — Niedersachsen und Bayern — 1959 durch, daß das bis dahin gültige genossenschaftliche Prinzip für die Wahl des Präsidenten (je Landesverband eine Stimme) aufgehoben wurde. Nach der neuen Regelung hängt die Stimmenzahl in erster Linie davon ab, wie finanzstark ein Landesverband ist. Jeder Landesverband hat eine Stimme, zuzüglich je einer Stimme für jede 10 000 DM voll beim DBV eingezahlten Jahresbeitrag. Da zur Wahl des Präsidenten nun neben zwei Drittel der Verbände auch zwei Drittel der Stimmen erforderlich sind, hat dieses Prinzip zur Folge, daß die beiden reichsten Landesverbände (Niedersachsen und Bayern) jede Wahl eines ungelegenen Kandidaten verhindern können. Außerordentlich „großzügig“ steht der DBV den Klein- und Arbeiter-Bauern dagegen in der Frage der Beitragszahlung gegenüber. Die Beitragsfestsetzung erfolgt nach der landwirtschaftlichen Nutzfläche und nimmt mit zunehmender Fläche ab. Die Arbeiter-Bauern und Keimbauern haben zwar das Maul zu halten, aber zahlen dürfen sie.

Diese Struktur des DBV hat natürlich Konsequenzen. Eine davon ist die personelle Verschmelzung von DBV und CDU/CSU — Präsident: *Constantin Freiherr Heereman v. Zuydtwyck* (2 000 Hektar Betriebsfläche, eigenes Schloß, CDU); Vizepräsident: *Baron Otto v. Feury* (Großgrundbesitzer, CDU/MdL); Vizepräsident: *Hans Jürgen Klinker* (90 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche, CDU/MdB).

Die Verschränkung zwischen CDU/CSU und DBV ist schon alt. Bereits 1962 gehörten von den 16 Präsidenten der Landes- und Stadtverbände 13 der CDU/CSU an⁵). Zur Zeit werden von den 13 Landesverbänden des DBV „elf von CDU-Mitgliedern oder von der CDU nahestehenden Agrarpolitikern geführt“⁶). Das gleiche Bild auf der parlamentarischen Bühne: Von den 51 landwirtschaftlichen Abgeordneten des Bundestages der Legislaturperiode 1969-73 gehören 45 der CDU/CSU, 5 der FDP und 1 der SPD an⁷). Daß der Bauern-

4) Nach: Hans Bürger „Die landwirtschaftliche Interessenvertretung in der Zeit von 1933 bis zur Gegenwart unter besonderer Berücksichtigung der Westdeutschen Verhältnisse“, Dissertation, Erlangen/Nürnberg, 1967.

5) „Die Agrarpolitik der Adenauer-Regierung“, Schriftenreihe der Karl-Mars-Universität Leipzig, Heft 9, 1962, S. 147.

6) „Frankfurter Rundschau“, 10. 8. 1971.

7) „Frankfurter Rundschau“, 2. 10. 1969.

verband von Großbauern geführt wird, hat neben der politischen Nähe zwischen Bauernverbandsführung und CDU/CSU Konsequenzen für die politische Linie des DBV. Entscheidende Merkmale dieser Linie sind:

— Die Bauern sind in erster Linie Unternehmer. Auf dem 1. Bauerntag Baden-Württemberg am 29. 9. 71 in Stuttgart-Bad Cannstatt erklärte Heereman z. B. „Unser Ziel ist es, eine unternehmerische, freiheitliche Landwirtschaft zu ermöglichen, die auf eigene Initiative, auf Privateigentum und auf Leistung aufgebaut ist, in der auch die soziale Gerechtigkeit für die in ihr arbeitenden Menschen verwirklicht ist⁸⁾. Die zahlreichen „Verbindungsstellen Industrie-Landwirtschaft“ sorgen dafür, daß die politische Linie der Großbauern und Industriellen aufeinander abgestimmt wird.

— Der DBV hat seine engsten politischen Freunde im Unternehmerlager. Besonders enge Kontakte bestehen zwischen dem DBV und der Landmaschinen- und Ackerschleppervereinigung (LAV) — die auch von allen Sektoren der Industrie am meisten von den Überkapazitäten in der Landwirtschaft als Folge der zersplitterten Produktionsweise profitiert. Auf einer Veranstaltung der LAV versprach ihr Sprecher *Hauser* (Direktor bei der Daimler-Benz AG) „methodischer als bisher, Wege zu gehen, wie die gesamte gewerbliche Wirtschaft, die mit der Landwirtschaft verbunden ist, gemeinsam zum Wohle der Landwirtschaft arbeiten und wirken kann, im engeren und weiteren Kreis der Gesamtindustrie, in der Öffentlichkeit und im staatlich-politischen Raum“⁹⁾. Diese Unterstützung der LAV weiß der DBV zu schätzen. Schon am 16. 1. 71 lobte die *Deutsche Bauern Zeitung* (dbz), das offizielle Organ des DBV, in einem Kommentar „Eindringlicher als jetzt die LAV mit einem Appell an die Bundesregierung für die Landwirtschaft aufgetreten ist, hat das bisher noch kein Partner der Landwirtschaft getan“.

— Der DBV ist ein entschiedener Gegner selbst sehr vorsichtiger Forderungen nach gesellschaftlichem Fortschritt. So erklärte z. B. Heereman auf einer seiner ersten Reden nach seiner Wahl zum Präsidenten des DBV vor der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) am 1.7. 1970 in Hamburg:

„Aber es geht darum, gemeinsam darüber zu wachen, daß das Problem der demokratischen Kontrolle innerhalb dieser Gesellschaftsordnung gewahrt bleibt. Das kann nicht allein durch das Parlament geschehen. Je größer die Spezialisierung voranschreitet, je mehr technisches und wirtschaftliches Detailwissen bei der Verwaltungsseite überwiegt, um so weniger kann das Parlament mit Abgeordneten, die allgemeine politische Grundsätze vertreten sollen, diese demokratische Kontrolle sicherstellen. Es ist daher notwendig, daß die Wirtschaftsverbände gemeinsam gewissermaßen als eine vierte Kraft darüber wachen,

8) „Schwäbischer Bauer“, Nr. 41/1971, S. 4.

9) „Deutsche Bauern Zeitung“, 15. 5. 1971.

daß die demokratische Gewaltenteilung gesichert wird. Interessenverbände, wie der BDI und der DBV, sind nicht nur ‚Lobbyisten‘, sondern sie sind notwendig, um im Rahmen zunehmender staatlicher Einflußnahme eine demokratische ‚Mitbestimmung‘ der Betroffenen, der Unternehmer, zu gewährleisten¹⁰⁾.“ Ausgerechnet für die herrschende Klasse also fordert Constantin Freiherr Heereman v. Zuydtwyck eine „demokratische Mitbestimmung“. Und der selber mit industriellem Kapital wohlversehene westfälische Landedelmann kann — unter Freunden — noch viel deutlicher werden. Auf einer Veranstaltung der LAV weisagte er Düsteres. „Heute ist es der Grundbesitz der Landwirte, morgen wird es genauso ihr Betriebsvermögen sein, auf das die theoretisierenden Veränderungsapostel ihr Auge richten — mit dem sozialen Sprüchlein auf den Lippen und mit egoistischen Umsturzplänen im vernebelten Gehirn“¹¹⁾.

3. Gewerkschaften

Die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften werden in mehrfacher Hinsicht von der wirtschaftlichen Entwicklung im Sektor Landwirtschaft und von der Politik des DBV berührt. Mehrere Millionen Menschen, die heute als Arbeiter oder Angestellte in der Industrie oder im Dienstleistungsbereich arbeiten, waren früher in der Landwirtschaft beschäftigt, als Arbeiter, als mithelfende Familienangehörige, als Selbständige. Die Form der Produktion in der Landwirtschaft, die Bedingungen, unter denen sich das Ausscheiden aus der Landwirtschaft vollzog, sind bei vielen Kollegen auch heute noch nicht vergessen — so oder so. Besonders die ehemals Selbständigen haben oft Schwierigkeiten, sich ihrer neuen Lage bewußt zu werden und daraus die entsprechenden politischen und organisatorischen Konsequenzen zu ziehen. Die Organisationsbereitschaft ist oft gering.

— Im Wirtschaftsjahr 1969/70 arbeiteten 2,8 Millionen Selbständige und mithelfende Familienarbeitskräfte in der westdeutschen Landwirtschaft. Davon waren 1,1 Millionen oder 40 vH nur noch teilweise in der Landwirtschaft beschäftigt. Diese doppelberuflich Tätigen sind besonders stark belastet. Sie wollen Bauern bleiben, müssen aber bereits außerhalb der Landwirtschaft dazuverdienen. Da sie durch den anonymen wirtschaftlichen Druck und nicht nach einem von ihnen selbst akzeptierten gesellschaftlichen Plan ihren Hauptberuf wechseln müssen, empfinden sie ihre Lage als eigenes Versagen, als Deklassierung. Resignative Verhaltensweisen sind bei ihnen nicht selten.

— Die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften sind bei jedem Ansatz zu gesellschaftlichen Fortschritt ebenso wie bei der Verteidigung der bereits erreichten Positionen konfrontiert mit verschiedenen Organisationen, die die Interessen des Klassegegners vertreten. Politisch befreundete Organisationen zu

10) „DSV-Informationen“, 26. 6. 1970.

11) „Deutsche Bauern Zeitung“, 9. 10. 1971.

haben, ist deshalb wichtig und notwendig. Ob die Organisation der Bauern — wie bisher — in allen wichtigen Fragen die Position des BDI vertritt, ist von erheblicher Bedeutung für die Arbeiterklasse und ihre Organisationen.

Das Verständnis und das Interesse, das die Gewerkschaften bisher für die Bauernschaft gezeigt haben, war nur gering. In den Zeitungen der Einzelgewerkschaften (außer der der GGLF) findet man selten etwas über die Bauern und ihre Schwierigkeiten. Wenn doch mal etwas berichtet wird, dann ist es häufiger eine Polemik gegen das Geschrei der Großbauern als eine Darstellung und Analyse der Proletarisierung der Masse der Bauern. Und genau das letztere wäre dringend notwendig, damit z. B. Arbeiter-Bauern den Wandel ihrer Existenz nicht mehr subjektiv als Deklassierung empfinden, sondern er ihnen als Ausdruck der Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus bewußt wird. Die Förderung der Entwicklung des Klassenbewußtseins ist auch das einzig sichere Mittel, um die Rekrutierung von Arbeiter-Bauern für „Sonderaufgaben“ der Unternehmer wie Werkschutz, Streikbrecher u. ä. ganz zu verhindern. Es ist bisher zwar keine Untersuchung über den Anteil der Arbeiter-Bauern am Werkschutz bzw. bei Streikbrechern bekannt geworden, aber es ist wohl nicht zufällig, daß der „stabilisierende“ Einfluß der Arbeiter-Bauern und ehemaligen Bauern oft genug von der herrschenden Klasse und ihren Verbündeten betont wird. So *Hermann Priebe*, in den Augen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) ein „durch seine fortschrittliche Einstellung bekannte¹²⁾ Agrarexperte“: „Die gewerbliche Wirtschaft hat vor allem Interesse an hochwertigen Arbeitskräften, Menschen mit Geschick, Umsicht, Ausdauer und Verantwortungsbewußtsein, mit Eigenschaften, die sich im selbständigen landwirtschaftlichen Beruf bilden und bewähren. Sie hat zugleich Interesse an einem festen Stamm von Kräften ohne allzu große Fluktuation“¹³⁾.

Natürlich wäre die Zunahme der Häufigkeit von Berichten und Analysen in den Zeitungen der Gewerkschaften über die Lage der Kleinbauern und Arbeiter-Bauern nur ein notwendiger Schritt. Damit zu verbinden wäre ein Überdenken der bisherigen Organisationsverhältnisse.

— Kleinbauern können bisher überhaupt nicht gewerkschaftlich organisiert werden. Selbst wenn eine Einzelgewerkschaft dazu bereit wäre — wie es z. B. in Frankreich praktiziert wird —, würde bereits das Tarifgesetz die Organisation von Kleinbauern in einer Gewerkschaft verbieten. Außerdem gibt es sehr berechtigte Einwände gegen die Zusammenfassung von Lohnabhängigen und kleinen Warenproduzenten in einer Organisation. Für die Gewerkschaften möglich und politisch sinnvoll wäre dagegen, den Aufbau einer dem DGB befreundeten Klein- und Arbeiter-Bauern-Organisation zu unterstützen.

12) „Der Arbeitgeber“, 23. Jhrg., Heft 2, 22. 1. 1971, S. 80.

13) ebenda, S. 70. Gesperrtes von Priebe gesetzt.

— Arbeiter-Bauern können bisher nur in ihrem Bereich als Arbeiter, nicht dagegen als Bauer organisiert werden. Ein Arbeiter-Bauer, der z. B. bei Daimler-Benz arbeitet, kann nur bei der IG Metall Mitglied werden. Dieser Schritt ist aber für viele Arbeiter-Bauern schwer, oft zu schwer. Das schafft für bereits stark organisierte Betriebe kaum Probleme, für schwach organisierte Betriebe dagegen um so mehr — und viele in ländlichen Gemeinden angesiedelte Industriebetriebe sind schwach organisiert! Eine gewerkschaftsnahe Klein- und Arbeiter-Bauern-Organisation könnte hier den Übergang erleichtern.

Bei der Diskussion der Klassenlage der Bauern und ihres Verhältnisses zur Arbeiterklasse kann jedoch nicht unterschlagen werden, daß es durchaus auch echte Widersprüche gibt. Das ist besonders deutlich beim *Bodeneigentum* der Fall. Die Möglichkeit der Bodenspekulation oder auch schon die Hoffnung, daß der Bodenbesitz einmal Bauerwartungsland werden könnte, sind einer der am stärksten trennend wirkenden Faktoren zwischen Arbeitern und Bauern.

Anders liegt es dagegen bei den Auseinandersetzungen um den *Milchpreis*. Dafür erst einmal zwei Beispiele: Im November 1971 kam es in mehreren Betrieben in Villingen (Schwarzwald) zu einem „Milchboykott“. Die Kantinen der Villingener Großbetriebe protestierten damit gegen die dritte Milchpreiserhöhung der Molkerei Radolfzell innerhalb eines Jahres; im Mai 1972 protestierte der Landesbezirksvorstand des DGB gegen eine erneute Erhöhung des Trinkmilchpreise durch die Südmilch AG (innerhalb 15 Monaten eine Preissteigerung von 30 vH). Es kam zu erheblichen Auseinandersetzungen mit dem DBV.

"Weist man in politischen Diskussionen mit Bauern und Landjugendlichen auf die Notwendigkeit eines Bündnisses mit Kleinbauern, Arbeiter-Bauern und Arbeitern hin, so werden gerade solche Fälle als Beispiel für die anti-bäuerliche Haltung der Gewerkschaft angeführt. Was passiert in Wirklichkeit? Die Großmolkereien und die Bauernverbandsfunktionäre fordern einen höheren Milchpreis mit der Begründung, daß die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe und die Kapitalverzinsung in der Landwirtschaft ungenügend seien. Die Gewerkschaften sehen — mit Recht — in dieser Unternehmer-Argumentation den Versuch, die Position der Unternehmer auf Kosten der Lohnabhängigen zu verbessern. Ein echter Widerspruch zwischen Arbeitern und Bauern? Betrachtet man die bäuerlichen Milchproduzenten nicht als Unternehmer, sondern als eine spezifische Gruppe von Arbeitern — spezifisch insofern, als sie die für die Anwendung ihrer eigenen Arbeitskraft notwendigen Produktionsmittel noch selber besitzen —, so zeigt sich, daß dieser Widerspruch kaum größer ist als der zwischen Chemie- und Stahlarbeitern. Ist es doch auch eine beliebte Taktik der Unternehmer zu argumentieren, z. B. in einem Chemiebetrieb: Wir würden ja gerne eure Lohnforderungen erfüllen, nur, durch die starken Lohnerhöhungen bei den Metallarbeitern, sind die Maschinen, die wir brauchen, so teuer geworden, daß wir euch keine Lohnerhöhung geben können. Die alternative

„ gewerkschaftliche“ Argumentation des bäuerlichen Milchproduzenten sähe dagegen etwa folgendermaßen aus: Als bäuerlicher Arbeiter muß ich, um unter den heutigen gesellschaftlichen Existenzbedingungen leben zu können, mindestens den Vergleichslohn bekommen (die Problematik bei der Ermittlung dieses Vergleichslohns bleibt hier ausgeklammert). Ich gehe deshalb von einem durchschnittlichen Betrieb, aus, der unter durchschnittlichen Bedingungen wirtschaftet und einen durchschnittlichen Milchertrag erzielt, und fordere, nach Abzug aller Kosten (nicht zusätzlich Zinsen und Profit selbstverständlich, wie es bei der bisherigen Vergleichsrechnung des DBV der Fall ist), muß mir der Erzeugerpreis von Milch den Vergleichslohn bringen. Diese Art der Argumentation ist der des Arbeiters sehr ähnlich. Auch wenn sie wegen der Differentialrente noch nicht widerspruchsfrei ist, so zeigt sie doch die Möglichkeit auf, das beliebte Spiel der herrschenden Klasse, die Arbeiter gegen die Bauern und die Bauern gegen die Arbeiter auszuspielen, zu durchkreuzen.

Notwendige Konsequenzen wären:

— Zunahme und Qualifizierung der Information über die Existenzbedingungen der Kleinbauern und Arbeiter-Bauern in der gewerkschaftlichen Presse.

— Einbeziehung der Ortskartelle für die Entwicklung des Klassenbewußtseins bei Kleinbauern und Arbeiter-Bauern.

— Unterstützung beim Aufbau einer gewerkschaftsnahen Klein- und Arbeiter-Bauern-Organisation.

Aus Frankreich liegen bereits Berichte vor, wie konkret eine Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und proletarisierten, klassenbewußten Bauern aussehen kann. Als im Januar/Februar 1971 die Arbeiter von Batignolles fünf Wochen streikten, wurden sie von Bauern mit Nahrungsmitteln unterstützt. Die Gewerkschaft für Landwirtschaft verteilte dabei folgendes Flugblatt¹⁴):

„Arbeiter und Bauern: solidarisch im Kampf! Ihr kämpft für besseren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Wir Bauern führen auch einen Kampf für unser Einkommen und die Sicherheit unserer Arbeit. Wir sind mit euch solidarisch und wir wollen euch helfen, damit euer Kampf erfolgreich ist. — Wir bringen euch unsere Erzeugnisse zum Erzeugerpreis, mit zwei Zielen:

Um euch über die Preise zu informieren, die uns gezahlt werden.

Um euch zu helfen, in eurem Kampf hart zu bleiben.“

14) abgedruckt in: Bernard Lambert „Bauern im Klassenkampf“ Rotbuch 32, Berlin 1971, S. 121.